

Posener Zeitung.

Achtzigster

Jahrgang.

Freitag, 16 Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 10.)
bei C. F. Alric & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei Th. Streiland,
in Breslau b. Emil Rabath.

Annoncen-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Deube & Co.,
Kaufmann & Vogler,
Rudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidentank“.

Nr. 118.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Polen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 46 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Vom Landtage.

21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Februar, 10 Uhr. Am Ministerliche Cambranten,
Graf zu Eulenburg, v. Bülow, die Geheimräthe Rhode, Burghart
und andere Kommissarien.

Die Kommission für die Wahlprüfungen ist gewählt und hat sich
konstituiert: Lauenstein, Vorsitzender, Runge (Berlin) Stellver-
treter, Schröder (Barmen) und Bachem, Schriftführer, Sachs,
Krech, Götting, Schröder (Königsberg), Parisius, Reinberg, Kantel,
von Höttingen, Haude und von Randhaupt.

Eingegangen ist ein Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und
Bremen, betreffend die künftige Unterhaltung der Schiff-
fahrtszeichen an der Unterweser und betreffend die Ausfüh-
rung der zur Erhaltung der Insel Wangerooge erforder-
lichen Strandbauten; ferner eine Denkschrift über die
Ausführung des Gesetzes vom 22. Juni 1876, betreffend die
Bewilligung von Staatsmitteln zur Abhilfe der
durch die Hochwasser im Jahre 1876 herbeigeführten
Verheerungen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, be-
treffend die Kraftloserklärung (Amortisation, Mortifikation)
von Aktien und auf Inhaber lautenden Schuld-
verschreibungen der Aktiengesellschaften in der
Provinz Schleswig-Holstein. An die erste Berathung
dieses Gesetzentwurfs knüpfte sich keine Debatte; zur zweiten
Berathung ergab sich Abg. Schütt das Wort, um darauf aufmerksam
zu machen, daß die neuen Ertragsaktien für amortisirte Papiere keinen
äußeren Vermerk tragen, wie es noch in den alten schleswig-holstei-
schen Verordnungen bestimmt worden. Bei dem Fehlen jedes äußer-
en Erkennungszeichens könnten in der Praxis beim Aufsuchen der
alten Aktien die größten Schwierigkeiten eintreten, und der Betrug
würde erleichtert, sowie die zur Klarstellung der Richtigkeit notwen-
digen Prozesse erheblich erschwert.

Der Regierungskommissar bemerkt, daß eine lange
Praxis gegen die Befragten des Vorredners spräche. Stämmliche
preussische Staatspapiere würden bei Amortisation der alten eben-
falls ohne Vermerk ausgegeben, und es hätten sich noch keine Unzu-
friedenheiten ergeben. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß gewöhnlich
die neuen Urkunden andere Nummern als die alten trügen, und fer-
ner, daß durch das vorliegende Gesetz ja nicht verboten werde, auch
äußere Kennzeichen anzubringen. Der Gesetzentwurf wird hierauf in
seinen einzelnen Paragraphen unberändert angenommen.

Auf den Bericht der Budgetkommission wird der Bericht, betreffend
die Verwaltung des Hinterlegungs fonds für das Jahr
1876 durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, und hinsichtlich der
Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer
folgender Antrag derselben Kommission angenommen: „1) die Rech-
nungen der Kasse der Oberrechnungskammer für das Jahr 1875
werden, nachdem sie von dem Hause der Abgeordneten geprüft sind,
soweit sie sich auf die preussische Verwaltung beziehen, dechargirt;
und 2) die am 28. April 1876 vom Hause der Abgeordneten be-
schlossene und an die königliche Staatsregierung gerichtete Anfrage,
„warum der Rendant und der Kontrolleur der Kasse der Oberrech-
nungskammer nach dem Gesetze vom 25. März 1873 Rationen nicht
bestellt haben“, ist durch die Erklärung der königl. Oberrechnungs-
kammer in den Rechnungen ihrer Kasse für das Jahr 1875, sowie
durch § 2 der Verordnung vom 10. Juli 1874 für erledigt zu
erachten.“

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend
eine Abänderung der gesetzlichen Vorschriften über die
Veranlagung der Grundsteuer, der Klassen- und
klassifizierten Einkommensteuer.

Der Gesetzentwurf spricht im Artikel 1 die Befreiung der Deich-
anlagen der Deichverbände und der Privatdeiche von der Grundsteuer
aus. Artikel 2 bestimmt, daß der Finanzminister alljährlich bis zum
1. Juni das Ergebnis der Veranlagung veröffentlichen und zugleich
bekannt machen solle, wie viel mal 12 Pfennige auf je 3 Mark der
Jahressteuer weniger oder mehr zu entrichten sind, um den Normal-
betrag zu erhalten, Beiträge unter 6 Pfennige bleiben außer Betrag,
an Stelle der höheren Beträge treten volle 12 Pfennige. Nach
Artikel 3 soll jedem Steuerpflichtigen das Resultat seiner Einschätzung
in einer leicht lesbaren Schrift bekannt gemacht werden; die
Demonstration steht ihm binnen zwei Monaten zu; gegen den daraufhin
erfolgten Beschluß der Einschätzungskommission kann innerhalb
vier Wochen Reklamation bei der Bezirkskommission erhoben werden.
Nach Artikel 4 darf die zulässige Ermäßigung der klassifizierten Ein-
kommensteuer mit Genehmigung des Finanzministers bereits von dem
ersten desjenigen Monats ab gewährt werden, welcher auf den
Monat folgt, in welchem der Verlust der Einnahmequelle ein-
getreten ist.

Referent der Budgetkommission Abg. Ricker: In der Kom-
mission wurde von einigen Mitgliedern der Versuch gemacht, mehrere
andere wünschenswerthe Erleichterungen und Vereinfachungen in Bezug
auf die Klassen- und Einkommensteuer in das Gesetz hineinzubringen.
Man wünschte besonders die Reklamationsfrist auf 4 Wochen herab-
zusetzen. In der Budgetkommission zeigte sich aber keine Neigung,
noch weiter auf Reformen einzugehen; es sei besser, die Frage zu ver-
schieben, da die Reform der Klassensteuer nur eine Frage der Zeit sei.
Darauf hin zogen die Antragsteller ihre Amendements zurück und ich
nahm ihnen im Namen der Kommission die unveränderte An-
nahme der Vorlage empfohlen. Zu Artikel 1 ist noch zu bemerken,
daß nach einer ausdrücklichen Erklärung des Vertreters der Regie-
rung die von der Staatssteuer befreiten Deichanlagen nach Lage der
Gesetzgebung eo ipso auch von der Heranziehung zu den Kommunal-
lasten befreit sind.

Das Gesetz wird darauf in seinen einzelnen Theilen ohne Dis-
kussion angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Budgetkommission, betreffend
die Nachweisungen über die Resultate der Veranla-
gung zur Klassensteuer und zur klassifizierten Ein-
kommensteuer für das Jahr 1876.

Die Budgetkommission beantragt: 1) die Staatsregierung zu er-
heben der Klassensteuer auf thunlichste Vereinfachung und Gleich-
mäßigkeit des Verfahrens Bedacht zu nehmen, insbesondere aber an-
zuordnen zu wollen, daß die von der Finanzverwaltung festzustellenden
Einschätzungsformulare von den Bezirksregierungen nicht eigenmächtig
geändert werden dürfen; 2) im Uebrigen die Vorlage der königlichen
Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Referent Abg. Ricker: Es ist in der Generaldebatte des Bud-
gets von einem Redner hervorgehoben worden, daß in dem letzten
Jahre die Steuerfahne in erheblichem Maße angezogen wäre; dies

Thema ist bei der Berathung des Etats der direkten Steuern fort-
gesetzt worden und gesagt, daß die Steuererhebung jetzt mehr den
Charakter der Steuerausföhrung annehme. Diesen Thatsachen gegen-
über glaubte die Budgetkommission ihre Mitglieder, sowie deren Freunde
auffordern zu müssen, möglichst spezialisirtes Material vorzubringen,
damit die Kommission in der Lage sei, Licht zu verbreiten. Leider ist
ihr gar kein Material zugegangen, nur zwei spezielle Fälle wurden
vorgeführt, welche der Kommission keinen Anlaß gaben, die Klagen
für begründet zu halten. In der Kommission selbst wurden folgende
Klagen vorgebracht und substantiirt. Erstens wurde gesagt, daß
der Vorsitzende einen außerordentlichen Einfluß auf die Kommission
ausübe und daß der jetzige Wahlmodus keine Garantie für eine ge-
rechte Einschätzung darbiete, das könne nur geschehen, wenn die Mit-
glieder auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechts erwählt würden.
Als Beispiel wurde angeführt, daß in Posen ein Departementssteuer-
Rath unbergereit sei und auf die Erhöhung der Steuer eingewirkt
habe. Der Regierungskommissar erklärte, daß von der Regierung
durchaus keine Instruktionen auf mögliche Erhöhung der Steuern er-
lassen seien, wie ja überhaupt von dieser Seite gar keine Tendenz
vorläge; sie hätte einfach die Instruktion gegeben, die Veranlagung
streng nach den Gesetzen vorzunehmen. Was die Sache in Posen an-
langt, so sei überall die Einrichtung getroffen worden, daß im Lande
Steuerämter umgeschickt würden, um sich bei den Kommissionen In-
formation über die Art und Weise der Steueranlagung einzu-
holen. Diese Einrichtung ist von der Budget-Kommission als höchst
nützlich und für die Herstellung einer gleichförmigen Veranlagung als
durchaus notwendig anerkannt worden. Weiter hat die Kommission
die Klagen über die Steuererhöhung im Allgemeinen geprüft und ge-
funden, daß dieselbe durchaus nicht anormal sei, ja daß dieselbe gegen
die Vorjahre bedeutend abgenommen habe. Während die Erhöhung
1873 sich auf 16 pCt., 1874 auf 13 pCt., 1875 auf 6 pCt. stellte, war
sie 1876 nur 3 pCt. gegenüber dem Vorjahre. Es entspricht dies also
lediglich den wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnissen. Eine
dritte Klage betraf die enorme Anzahl der Steuer-Erektionen.
Es wurde hervorgehoben, daß sich dieselben bei den Censiten
der ersten Stufe im Jahre 1874 auf 239,000 belaufen habe und da-
von 124,000 fruchtlos vollstreckt seien. Das ist allerdings richtig,
aber man muß hier einen Vergleich mit den früheren Verhältnissen
anstellen, und da ergibt sich, daß eine wesentliche Verbesserung ein-
getreten ist, und daß die Verminderung der Steuer-Erektionen seit
1871 überhaupt 332,000, die der fruchtlosen 256,000 beträgt. Bei
diesem günstigen Resultat ist noch hervorzuheben, daß durch die Auf-
hebung der Wahl- und Schlachtsteuer in den großen Städten und
deren Eintritt in die Klassensteuer eine große Zahl von Erektionen
hinsinnetreten war. Daß die Organe der Regierung durchaus nicht
tendenziös auf Erhöhung der Steuer hinarbeiten, geht aus folgenden
Zahlen hervor. 1874 betrugen die Reklamationen im ganzen 213,000,
davon kamen 202,000 zur Entscheidung vor die Regierung, und von
diesen fand 100,000, also die Hälfte, von derselben als berechtigt an-
erkannt worden. (Hört! Hört!) Als spezielles Material war der
Kommission von dem Abg. Röckerath die Klage eines Gewerbetreibenden
aus Köln vorgelegt worden, welcher wegen des allgemeinen Noth-
standes sein Gewerbe niederlegen mußte. Derselbe verdiente wöch-
entlich höchstens 21 Mark und hatte Frau und zwei Kinder zu ernähren.
Er wurde jedoch in die neunte Steuerstufe gesetzt, und seine sämt-
lichen Steuern, Staats-, Kommunal- und Provinzialsteuern, betrugen
nach dem Bericht über 110 Mark. Hier von war ihm angeblich trotz
wiederholter Reklamation nichts nachgelassen worden. Der Regie-
rungskommissar erklärte, daß in dem angegebenen Falle von
einer Reklamation überhaupt nicht die Rede gewesen sei; der
betreffende Gewerbetreibende habe vielmehr ein Gesuch um einen
Steuererlaß an die Behörde in Köln gerichtet, weil er kein Ge-
schäft, auf Grund dessen er eingeschätzt war, inzwischen aufgegeben
hätte. Die Behörde in Köln war auf dies Gesuch nicht eingegangen,
dagegen hat der Finanzminister auf eine Beschwerde hin dem Gesuch
entsprochen und einen Erlaß der Steuer angeordnet, weil die Geschäfts-
niederlegung durch den Zwang des Nothstandes herbeigeführt sei.
(Hört! Hört!) Sehr häufige und gerechte Klagen beziehen sich auf die
Weisung der Instruktionen und die Schwerfälligkeit der Erhe-
bung. Diese wurden von dem Regierungskommissar anerkannt, und
er selbst hat um genauere Informationen, auf Grund deren Abhilfe
geschafft werden könnte, so weit dies nicht bereits geschehen. Die
Kommission hat es indes für zweckmäßiger gehalten, sich auf allgemeine
Gesichtspunkte zu beschränken, als daß man detaillierte Vorschläge
machte, weil das Haus kaum in der Lage sein würde, genau über das
Technische bei der Steuererhebung informiert zu sein. Dagegen em-
pfehl man zunächst die Trennung der Klassen- und Einkommensteuer-
nachweisungen; doch wurde in der Kommission schon selbst hervorge-
hoben, daß die Trennung dem Klassensteuergesetz widerspreche. Ferner
wurde empfohlen, die Formulare für die Einkommensnachweisungen
nach Möglichkeit zu vereinfachen und übereinstimmend zu machen. Es
wurde darauf hingewiesen, daß von den verschiedenen Regierungen
die verschiedensten Formulare aufgestellt würden, und daß beispiels-
weise in Hessen durch die Specialisirung der Einnahmequellen der
ländliche Besitzer gegenüber dem Kapitalisten vollständig benachtheiligt
werde. Der Regierungskommissar erklärte, daß in vielen Beziehungen
nach dieser Richtung bereits Remedie eingetreten sei; eine vollständige
Einheitlichkeit sei sehr möglich bei der Verschiedenheit der Verhältnisse,
da z. B. in Berlin die Wohnungsmiethe ein wesentliches, auf dem
Land dagegen gar kein Beurtheilungsmoment für die Einschätzung
abgebe. Endlich wurde Vereinfachung des Reklamationsverfahrens
vorgeschlagen, zugleich jedoch mit der Anerkennung, daß viele Weit-
läufigkeiten sich hier aus dem Gesetze selbst ergäben. Der Vertreter
der Regierung hat keinerlei Bedenken gegen die Resolution gehabt
und hervorgehoben, daß der Finanzminister selbst die Initiative zur
Vereinfachung der Instruktion ergriffen habe. Gleichwohl konnte man
diese Art des Vorgehens nur als Palliativmittel betrachten und Nie-
mand in der Kommission verschloß sich der Nothwendigkeit einer
Reform des Klassensteuergesetzes selbst. Ich empfehle Ihnen lediglich
die Annahme der Resolution.

Regierungskommissar Generalsteuerdirektor Burghart: Die
Regierung findet gegen die Annahme der Resolution durchaus nichts
zu erinnern. Der Finanzverwaltung sind durch die im Jahre 1873
beschlossene Reform der Klassensteuer große Schwierigkeiten bereitet
worden, so daß einzelne Mißgriffe der untern Organe und Beschwer-
den durchaus nicht zu vermeiden sind. Es würde auch die menschliche
Fähigkeit übersteigen, die Einschätzung des gesammten Einkommens
von 5 Millionen ohne Fehler vorzunehmen. Die Aufgabe der Regie-
rung ist noch 1875 erheblich erschwert worden durch den Uebergang
der großen Städte in die Klassensteuer, Schwierigkeiten, die aus der
großen Fluktuation der Bevölkerung in denselben und der Unbekann-
schaft mit den Vermögensverhältnissen der Einzelnen sich ergeben. Unter
diesen Umständen kann die Verwaltung den Wunsch, den ihre Resolution
ausdrückt, nämlich das Formelle der Ausführung des Gesetzes so einfach

und gleichmäßig als möglich zu machen, nicht nur als einen unbedingt ge-
rechtfertigten anerkennen, sondern auch ihrerseits in vollem Maße thei-
len. Die Verwaltung wendet diesem Ziel auch ihre volle Aufmerksamkeit
zu, und obgleich wir erst über eine 2 jährige Erfahrung gebieten,
so ist sie bereits dazu übergegangen, die im Jahre 1873 erlassene In-
struktion einer durchgreifenden Revision zu unterwerfen. Unter diesen
Umständen konnte es der Regierung nur willkommen sein, bei der hier
gegebenen Gelegenheit über die im Lande verbreiteten Auffassungen
und Defiziten durch die berufenen Vertreter soviel Information als
möglich zu erlangen und Vorschläge entgegenzunehmen. Der Finanz-
minister wird dieselben einer vorurtheilslosen Prüfung unterwerfen
und auch die Provinzialbehörden in den Stand setzen, sich darüber
zu äußern, um das, was als ausführbar und als Verbesserung zu er-
kennen ist, sehr gerne zu akzeptiren. Auch gegen den speziellen Punkt
der Resolution ein möglichst einfaches und gleichmäßiges Formular
für die Erhebung vorzuschreiben, hat die Regierung nichts zu er-
innern.

Abgeordneter Röckerath: Die Majorität der Budgetkom-
mission hat sich redlich bemüht, der gegenwärtigen Steueranlagung
und Steuereinschätzung eine möglichst günstige Seite abzugewinnen
und die Regierung kann sich gratuliren, eine solche Kommission ge-
funden zu haben (Unruhe); ich glaube aber schwerlich, daß die Mehr-
heit der Staatsbürger die Aufzeichnungen theilt, die heute hier durch
den Referenten zum Ausdruck kamen. Er hatte hervorgehoben, daß
wir, die wir über Steuererhöhung Klage führen, nicht im Stande ge-
wesen seien, eine ausreichende Zahl von Beispielen vorzuführen. Dem
gegenüber konstatire ich, daß wir unsere Klagen einzig und allein darauf
basiren, daß von Jahr zu Jahr eine höhere Summe Einkommen-
und Klassensteuer erhoben wird und dies geschieht in einer Zeit, wo,
wie allgemein anerkannt wird, das Einkommen der Staatsbürger
nicht wächst, sondern heruntergeht. Der Fall aus Köln steht nicht ver-
einzelt da. Wir liegt eine Mittheilung eines Herrn aus Schlesien
vor, in welchem er erklärt, daß einer der obersteuflernen Gräber im
Jahre 1873 ihm ein Einkommen von 1300 Thlr. zugesichert habe, er
habe sich aber überzeugt, daß er mit dem Strafzuges in Kollision ge-
rathen, wenn er in seinen Diensten bleibe; in Folge dessen habe er die
Stellung aufgegeben. Nichtsdestoweniger habe die Einschätzungskom-
mission ihn zu der Höhe des früher gebachten Einkommens eingeschätzt
und auf seine Reklamation erklärt, das Aufgeben der Stelle sei ein
freiwilliges gewesen, also nicht als ein Verlust im Sinne des Gesetzes
anzusehen. Die Zahl der Erektionen soll erheblich nachgelassen ha-
ben. Nun liegt mir aber gerade aus der Heimath des Referenten
aus Danzig, ein Bericht vor, wonach von 21,627 Censiten im Jahre
1875 in Danzig 9842 Erektionen fruchtlos ausgefallen sind und folch
ein Resultat steht der Referent als ein günstiges an. Auch ich wün-
sche eine möglichst ernste Einschätzung, aber dann ist es unbedingt
nothwendig, daß der Steuerfahne ganz erheblich reduziert werde. Ge-
genwärtig ist die Einschätzung ohne jeden sicheren Anhalt eine rein
willkürliche und daher in unendlich vielen Fällen maßlos ungerecht.
So heißt es in einem in Marienwerder Kreisblatt ver-
öffentlichten Erlaß: sobald aus dem Aufwand oder aus
einzelnen Symptomen des Luxus eines Censiten auf ein
höheres Einkommen geschlossen werden darf, sei alsbald eine
erhöhte Einschätzung vorzunehmen. Hierdurch wird doch
offenbar der Willkür Thor und Thür geöffnet. Man ver-
weist die Reklamirenden an das Abgeordnetenhause, verweist
aber dabei, daß ein Beschluß der Petitionskommission vorliegt, der
ausdrücklich erklärt, man könne sich auf eine materielle Prüfung der
Steuer-Reklamationen nicht einlassen und also alle derartige Eingab-
en von der Schwelle des Hauses zurückweist. Daß der Beschluß
des Censiten in Köln nunmehr durch den Finanzminister Abhilfe ge-
schafft worden, begrüße ich mit Gemüthsruhe. Ich muß es aber der
Regierung zum schweren Vorwurf machen, daß sie vielfach in Ueber-
wachung resp. Entfernung solcher Vorsitzenden der Einschätzungskom-
mission, welche sich dieses Vertrauenspostens unwürdig gemacht ha-
ben, nicht die nöthige Energie entwidelt. So liegt mir eine Zuschrift
aus Schlesien vor, wonach in einem dortigen Kreise der Landrath
und sein Kreissekretär drei Jahre lang hintereinander gar keine
Steuern zahlten; sie hatten ihre eigenen Namen in den Listen einfach
weggelassen und den Staat und die Kommune also um den Betrag
ihrer Steuer gekürzt; nichtsdestoweniger sind diese Leute noch heute
in ihrem Amt. Ich bin überzeugt, es wird nicht mehr lange dauern,
daß in Folge des allgemeinen Unwillens in der Bevölkerung unser
heutiges Steuer- und Einschätzungssystem eine vollständige Umwäl-
zung erfährt.

Abg. Wehrenpennig: Wie kann der Vorredner sich er-
lauben, in einem solchen Tone von der Budgetkommission zu sprechen:
die Regierung könne sich zu einer solchen Kommission gratuliren, die
dem heutigen Steuereinschätzungssystem eine möglichst günstige Seite
abzugewinnen gesucht habe! Die Mängel unseres Einschätzung-
systems sind von der Kommission vollständig anerkannt worden; es
wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß dies System war ein arith-
metisch, aber nicht thatsächlich gleichmäßiges sei, weil die verschiedenen
Objekte des Einkommens nicht in gleichmäßiger Weise offen liegen
und also nicht gleichmäßig getroffen werden können. Niemand von
uns hat das verkannt; aber in einer Session wie diese, wo uns jeder
Tag zugeht, ist, konnten wir unmöglich dem Hause mit neuen Vor-
schlägen zu einer Steuerreform kommen. Der Vorredner ist weit en-
fernt davon gewesen, auch nur die Spur einer Andeutung über eine
thatsächliche Reform uns vorzuführen, er hält sich allein an billige
allgemeine Redensarten und Erklärungen. Er spricht seine Freude
aus über die Erledigung des Falles in Köln, hat aber einen Schleier
darauf gedeckt, daß er über diesen Fall uns vollständig unrichtige
Mittheilungen gemacht hat. Von einzelnen Daten, die auf die wirklich
bestehenden Ungleichmäßigkeiten in der Einschätzung ein grelles Licht wer-
fen, bebt er eine Verfügung der kasseler Regierung vom 1. Mai 1876
hervor, worin zunächst der Grundsatz betont wird, daß das Einkom-
men ungefähr nach dem zwanzigfachen Betrage der Grundsteuer ab-
zuschätzen sei. Dann wird aber weiter vorgeschrieben, daß die Ab-
schätzung des selbst wirtschaftenden Besitzers mit veranschlagt werde,
und zwar nicht niedriger als 400 Mark und je nach dem Grade sei-
ner Intelligenz höher, so daß also, wer dumm ist, niedriger einge-
schätzt wird, wer aber klug ist, noch eine Extrasteuer zahlen muß.
(Heiterkeit). Dieser Erlaß hat in den betreffenden Kreisen viel böses
Hut gemacht. Die Regierung hat zwar in der Kommission erklärt,
sie hätte diesen Erlaß kassirt, nichtsdestoweniger sind mir aus den
betreffenden Kreisen entgegenstehende Mittheilungen geworden. Jeden-
falls hat die Regierung in ihrem Zirkular vom 3. Januar sich von
dieser Art der Einschätzung völlig fern gehalten und ich möchte die
Regierung dringend bitten, dafür zu sorgen, daß fortan nach diesen
Grundsätzen nirgend mehr verfahren werde.

General-Steuerdirektor Burghart: Ich kann in Bezug auf
diesen letzten Fall nur nochmals erklären, daß die Regierung den Er-
laß kassirt und die kasseler Regierung angewiesen hat, diese Vorschrift

ten zurückzunehmen. Was die Ausführungen des Abg. Röderath betrifft, so muß ich entschieden in Abrede stellen, daß die Entscheidung der Regierung in Betreff des künftigen Falles etwa eine Folge seiner Beschwerde gewesen sei. Wir konnten wirklich am 16. Januar, wo die Entscheidung der Regierung erging, keine deutliche Vorstellung davon haben, was Herr Röderath am 20. Januar hier sagen würde (Seiterkeit). Allgemeine Betrachtungen, wie er sie angestellt hat, sind in Steuerfachen unglaublich wohlfeil, aber auch unglaublich unfruchtbar. (Sehr wahr!) Er befreit die Abnahme der Erekutionen. Ich kann ihm aber ganz positiv und aus genauester Kenntnis versichern, daß das Unwesen der Erekutionen sich in einem ganz enormen Maße vermindert hat. Wir haben jetzt Regierungsbezirke, wo auf dem platten Lande die Abnahme der Erekutionen volle 94 Prozent beträgt, so daß vor früher 100 Erekutionen eintreten, jetzt nur deren sechs notwendig sind. (Hört!) Das ist ein ganz eckelanter Erfolg und das Haus kann hieraus mit Genugthuung die Ueberzeugung schöpfen, daß die von ihm befürworteten Steuer-Reformen dem Lande schon jetzt wahrhaft zum Segen gereicht haben. (Beifall.)

Abg. Jacobi: In der Petitionskommission ist ein derartiger Beschluß, wie ihn Abg. Röderath anführte, gar nicht gefaßt. Es ist nur an dem Grundsatze festgehalten worden, daß, wenn bei Prüfung solcher Beschwerden sich ergibt, daß den gesetzlichen Bestimmungen für die Besteuerung in keiner Weise zu nahe getreten sei, die Kommission alsdann nicht in der Lage sei, auf die Beschwerde näher einzugehen. Wir können uns doch unmöglich hier im Hause zu einer Superinspektionskommission des ganzen Landes konstituieren.

Abg. Hüffer: Ich muß demgegenüber konstatieren, daß allerdings in einer Sitzung der Petitionskommission, der der Borredner nicht beigewohnt hat, eine Beschwerde wegen ungerechter Einschätzung zurückgewiesen wurde, weil die gesetzlichen Bestimmungen beobachtet seien. Es handelte sich darum, daß die Einschätzungsbehörden sich in keiner Weise bereitwillig finden lassen, wenn ihnen auch die vollständigen Beweismittel einer Einkommensverminderung vorgelegt werden, sich auf eine solche Beweishebung einzulassen. Ich habe vergebens dringend befürwortet, doch diese Petition vor das Haus zu bringen, da die hier ventilirte Streitfrage von der allergrößten Bedeutung ist.

Referent Abg. Nider: Ich hatte vorhin vergessen, dem Hause mitzutheilen, daß auf den Wunsch eines Mitgliedes der Budget-Kommission die Regierung sich bereit erklärt hat, dem Abgeordnetenbause in einer der nächsten Sesssionen eine Statistik vorzulegen in Betreff der Höhe der Klassensteuer und zugleich der Kommunalsteuer in den einzelnen Städten. Gegenüber dem Abg. Röderath konstatire ich, daß er auch heute keine Spur eines Beweises vorgebracht hat, um seine Vorwürfe und Klagen zu substantiieren. Der einzige Fall aus Köln, den er früher mitgeteilt hat, war voller unrichtigen Angaben seinerseits.

Der Antrag der Kommission wird hierauf angenommen. Der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Verathung eines Titels aus dem Extraordinarium des Etats der Staatsarchiv, der auf den Antrag des Abg. Petri in die Budgetkommission verwiesen war, nämlich 80,000 M. zur Erweiterung des Bauplatzes für ein in Bonn neu zu errichtendes, zur Aufnahme der Staatsarchive von Koblenz und Idstein bestimmtes Staatsarchivgebäude und erste Rate der Baukosten.

Abg. Dr. Petri hatte beantragt, für den Abbruch und Wiederaufbau des sogenannten Mittelbaues des Staatsarchiv-Gebäudes zu Idstein 58,450 M. zu bewilligen. — Die Budget-Kommission schlägt nunmehr vor, den Antrag Petri abzulehnen und die Summe unverändert zu bewilligen.

Dagegen beantragt jetzt der Abg. Dr. Petri: Unter Streichung der unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Etats der Staatsarchive vorgesehenen Summe von 80,000 Mark und unter Ablehnung des Antrags der Budget-Kommission die Staatsregierung aufzufordern, wegen Verlegung des königlichen Staatsarchivs zu Idstein nach Wiesbaden und derjenigen des königlichen Staatsarchivs zu Koblenz nach Bonn dem nächsten Landtage anderweite Vorlagen zu machen.

Abg. v. Seeremann beantragt die gesperrt gedruckten Worte durch folgende zu ersetzen: und wegen besserer Unterbringung des Staatsarchivs zu Bonn, eventuell wegen dessen Verlegung nach Trier dem Landtage in der nächsten Session eine anderweite Vorlage zu machen.

Referent Abg. Graf Limburg-Stirum motivirt diesen Antrag der Kommission, indem er darauf hinweist, daß die Baufälligkeit des Idsteiner Gebäudes dringend eine Verlegung der Archive fordere; Bonn empfehle sich als Universitätsstadt besonders, weil dort eine bessere Ausnutzung der Dokumente zu erwarten sei. Eine Verlegung des Prinzipis der Dezentralisation sei nicht beabsichtigt, aber man müsse die territorialen Grenzen nicht so eng ziehen, daß man Bonn, als historisch nicht in Beziehung zu den nassauischen Landestheilen stehend, als Sitz des Archivs verwerfe. Für die Ausnutzung des Archivs in Bonn standen viel zahlreichere bibliographische Hilfsmittel und sachverständige Kräfte zur Verfügung, als in Idstein, wo der Besuch auf ein Minimum herabgesunken sei. Eine Verlegung des Idsteiner Archivs nach Wiesbaden, des Koblenzer nach Bonn würde erhebliche Mehrkosten erfordern.

Abg. Dr. Petri empfiehlt lebhaft die Annahme seines Antrages; es handle sich hierbei um die Aufhebung des bisher befolgten Prinzipis der Dezentralisation der Archive. Man habe in der Provinz gar nichts von der geplanten Verlegung erfahren, weil auch die Provinzialbehörden von der Angelegenheit nichts wußten. Im Lande glaube man allgemein an eine Professorenverfälschung; man beabsichtige dem Professor Wenzel in Bonn, der an einer Fortsetzung der von Schliephake begonnenen nassauischen geschichtlichen Arbeiten beschäftigt sei, einen Gefallen zu erweisen. Redner hält Wiesbaden für den einzig richtigen Ort, wohin das Archiv verlegt werden könne, wenn auch der Herr von Sybel die Nassauer als die deutschen Väter geschildert habe. Die Baufälligkeit des Idsteiner Gebäudes sei auch nicht so groß, daß das Archiv nicht noch einige Jahre dort bleiben könnte; jedenfalls habe es auch Platz, wenn der Mittelbau geräumt werde. Das Archiv sei für die bonner Gegend von keinem Interesse und eine Verschmelzung mit dem Koblenzer sei historisch nicht begründet, sondern würde nur Verwirrung herbeiführen. Archive seien doch auch nicht dazu da, den Studenten als Material für ihren Unterricht zu dienen, denn die Mehrzahl der Urkunden, besonders des Idsteiner Archivs, bezögen sich auf die Verwaltung des Landes und sei ein Nachschlagen derselben im Interesse der Verwaltung oftmals notwendig. Redner bittet, der nassauischen Bevölkerung keine Kränkung dadurch zuzufügen, daß man diese Zeugnisse seiner ruhmvollen Vergangenheit aus dem Lande entferne.

Generaldirektor der Staatsarchive von Sybel erwidert, daß man die Archive eben nicht von dem Boden entferne, auf dem sie erwachsen seien, wenn man sie nach Bonn bringe. Die Baufälligkeit des Idsteiner Gebäudes fordere absolut eine Verlegung: die Verlegung nach Wiesbaden würde aber erhebliche Mehrkosten erfordern und den Anfang des Baues verzögern. Am besten sei die Verlegung nach Bonn, denn eine Universitätsstadt sei der beste Boden für die Archive. Von dem Prinzip der Dezentralisation beabsichtige die Regierung nicht abzugeben; denn es sei nicht zu leugnen, daß der historische Zusammenhang vieler nassauischer Landestheile des linken Rheinufer, deren Urkunden im Koblenzer Archiv sich fanden, ein sehr enger sei, es handle sich also nur darum, Zusammengehöriges zusammenzubringen.

Abg. Röderath empfiehlt die Verlegung des Idsteiner Archivs nach Bonn, weil dieser Universität gerade noch ein genügender diplomatischer Apparat zum Studium fehle.

Abg. Miquel schließt sich ganz den Ausführungen des Abg. Dr. Petri an; die Archive müssen auf dem Boden bleiben, auf dessen Geschichte sie sich beziehen. Er hält es für möglich, daß man auch in Wiesbaden einen geeigneten Bauplatz finden werde. Die etwaigen Mehrkosten könnten ihn nicht abschrecken; vielleicht biete sich auch in Folge der Justizreform die Möglichkeit, eines der dortigen Justizge-

bäude, welches disponibel werde, zu benutzen. Wenn dadurch eine Vergrößerung des Baues entstehe, so könne er nur bedauern, daß die Regierung nicht schon früher Vorsorge getroffen habe.

Generaldirektor der Staatsarchive von Sybel weist auf den billigen Preis hin, den die Universität Bonn für den Bauplatz fordere; wolle man sich hinsichtlich des Territoriums in die engen Grenzen zurückziehen, wie der Abg. Petri es wünscht, dann müßte man für jeden kleinen Distrikt ein eigenes Archiv errichten.

Finanzminister Camphausen erklärt, daß die Regierung die Frage einer nochmaligen ersten Ermäßigung unterziehen werde, erbittet aber die Position zu bewilligen, damit man, falls der vorgelegte Plan sich als der beste herausstellen sollte, sofort zum Bau schreiten könnte; im andern Falle würden die Gelder unverausgabt bleiben.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Petri wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Verathung über die der Budgetkommission überwiesenen Theile aus dem Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. Gneist hatte den Antrag gestellt, zwei neue Rathsstellen im Oberverwaltungsgericht einzurichten, und Abgeordneter Dr. Lasker hatte hierzu die Forderung gefügt, daß die Gehälter der Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts in stufenweise Folge etatsmäßig geordnet würden.

Der Referent der Budgetkommission Abg. Dr. Weber (Erfurt) empfiehlt Namens der Budgetkommission die unveränderte Annahme der Anträge, da die Regierung ihren früheren Widerspruch habe fallen lassen.

Das Haus tritt dem Beschlusse der Kommission bei.

Zu Kap. 96 „Polizeiverwaltung in Berlin“ hatte Abg. Weber (Erfurt) den Antrag gestellt, eine Rathsstelle beim Polizeipräsidenten zu streichen. Die Budgetkommission empfiehlt durch ihren Referenten Abgeordneten Stengel, die Position unverändert zu bewilligen.

Abg. Ebert: Ich habe bereits im Jahre 1872 auf die Mängel der Polizeiverwaltung in Berlin, insbesondere auf die immer mehr zunehmende Unsicherheit hingewiesen, und die entschiedene bessere Wirksamkeit der londoner Polizei hervorgehoben. Die Verhältnisse in Berlin haben sich nicht gebessert, im Gegentheil, die Unsicherheit hat zugenommen. Die Verwaltung der londoner Polizei läßt die Mittel der Abhilfe, welche sich zur Beachtung bei uns eignen, erkennen. Es liegen zwei Berichte der londoner Polizei vor mir. Wie sehr unterscheiden sich diese von der uns gewordenen dürftigen nur zahlenmäßigen Etatsaufstellung. In jedem Jahre erstattet der Chef der londoner Metropolitan-Polizei solchen Bericht an das Parlament. Jedesmal ist der Bericht mit den ausführlichsten Karten begleitet. Diese Karten gewähren ein Bild Londons in Beziehung auf den Anbau, die Wasserleitungen, alle öffentlichen Anlagen, insbesondere finden Sie darauf alle die Bahnen verzeichnet, auf welchen der Konstabler in London sich bewegt. Mit der Uhr in der Hand können Sie danach abmessen, an welcher Straßenecke, vor welchem Hause Sie um die und die Minute den Konstabler des Reviers treffen. Es kommt in London seltener als bei uns vor, daß man vergeblich den Schutz der Polizei sucht. Die Konstabler sind es nicht allein, welche jene englischen Polizeiberichte auszeichnen. Es kommen die vortrefflichsten statistischen Zusammenstellungen hinzu, welche über den Ursprung der strafbaren Handlungen durch Nachweisung der Lebens- und Erwerbsverhältnisse der Angeklagten sich verbreiten. Außer diesem reich ausgestattetem Bericht existirt auch eine vortreffliche amtliche Literatur, die können für unsere Polizeiverwaltung zum Muster dienen. Die eine dieser Publikationen ist eine systematische Zusammenstellung der polizeilichen Anordnungen für den Gebrauch der Konstabler, aber auch des Publikums. Sie dient zugleich dem Publikum zur Kontrolle den Konstablern gegenüber, um zu wissen, wann, wo und wie man ihre Hilfe in Anspruch nehmen kann. Zwei Drittel sämtlicher Konstabler Londons versehen den Nachtdienst von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens; den Tagdienst versieht nur ein Drittel derselben. Noch einen anderen Uebelstand habe ich früher hervorgehoben, der leider noch fortbesteht, nämlich die Inanspruchnahme vieler Kräfte der erektiven Polizei durch Schreibarbeit. Das Mittel zur Abhilfe besteht in zahlreichen Formularen für die erektiven Polizeibeamten in Beziehung auf Anzeigen, Berichte, welche sie mit Leichtigkeit auszufüllen im Stande sind. Ich möchte die musterhafte Metropolitanpolizei Londons unserer Polizei als Vorbild empfehlen.

Abg. Zimmermann: Die milde Atmosphäre auf der Ministerbank war heute so günstig, daß ich es wage, als ein berliner Fortschrittsmann einige Bemerkungen über das Polizeipräsidentium und über die Verhältnisse der Polizei in Berlin zu machen und zwar im Anschluß an den früher angenommenen Antrag Birchow, die Regierung aufzufordern, sich wegen Uebertragung einiger Zweige der Polizeiverwaltung Berlins an die Kommune mit dem Magistrat in Verbindung zu setzen. Ich will nun versuchen, darzulegen, inwieweit dieser Beschluß zur Ausführung gelangt ist und welche Wünsche und Bedenken in dieser Richtung noch vorhanden sind. Es leiten mich hierbei keinerlei politische Motive, sondern lediglich der Gedanke, daß die Ziele der Polizeiverwaltung und der Kommunalverwaltung keine verschiedenen sein können. Der Hauptmangel der berliner Verwaltung liegt in der Konkurrenz zu vieler Behörden und dieser Uebelstand wird sich nach Einführung der neuen Selbstverwaltungsgesetze noch steigern. Wenn von einer Seite der Antrag gestellt worden ist, das Personal des Polizei-Präsidentiums um ein Mitglied zu verringern, so muß ich gestehen, daß das sehr wenig helfen würde; es wäre das Mindeste, was geschehen muß. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn man auf der, wie ich anerkenne, korrekt betretenen Bahn weiter geht und der Stadt das überläßt, was von der Stadt besser und zweckmäßiger verwaltet werden kann. So hat die Stadt noch vor wenigen Jahren weder die Wasserwerke, noch die Straßenreinigung, Beleuchtung, Beseitigung oder dergl. selbstständig gehabt. Das Wasser hat sie inzwischen bekommen, aber die Feuerwehr befindet sich noch in anderen Händen. (Seiterkeit.) Es liegt auf der Hand, daß dies ein Verhältniß ist, welches nicht dazu dienen kann, die Aufgabe der Feuerseherheit zu erleichtern. Die londoner Feuerwehr steht auch nicht unter der alleinigen Verwaltung der Polizei und leistet doch Tüchtiges. Gleiches wird auch in Berlin der Fall sein, höchstens könnte dann das bis jetzt von der Stadt bezahlte Musikkorps der Feuerwehr abgekauft werden. Auf dem Gebiete der Bauverwaltung Berlins ist eine Einschränkung und Konzentrierung der verwaltenden Körper durchaus notwendig. Es konkurriren hier das Polizeipräsidentium, die Ministerial-Baukommission, der Minister des Innern, der Handelsminister — der letztere am eingreifendsten — und schließlich die städtische Bauverwaltung mit einem Etat von fünf Millionen Mark. Der Fiskus hatte rechtsgemäß die berliner Straßen zu pflastern, er that es in durchaus unbefriedigender Weise und man machte ungerechter Weise dafür die Stadt verantwortlich. Gegen eine Rente von etwas über 500,000 Mk. hat die Stadt die Pflicht der Straßenpflasterung und des Brückenbaus übernommen, während sie dafür Millionen ausgibt. Man wollte auf diesem Wege den Zwiespalt in der Verwaltung beseitigen, doch war es nicht ganz möglich, wenn man nicht auch die Straßenbaupolizei hatte. Man gekand der Stadt letztere zu, aber gestattete ein stetes Eingreifen des Polizeipräsidentiums zwar nicht als Ortspolizei, sondern als Landespolizeibehörde. Das Polizeipräsidentium ist in seiner jetzigen Gestalt durch eine Verordnung vom Jahre 1822 freit. Die verschiedenen Abtheilungen dieser Behörde, selbst die Regierungsabtheilung sind keine selbstständige Behörden, sondern in allen hat der Polizeipräsident die entscheidende Stimme, ein Verhältniß, welches an die Allmacht der französischen Präfecten erinnert. Die Budgetkommission hat beschlossen, Reformen in der inneren Landesverwaltung zum Gegenstande einer baldigen Gesetzgebung zu machen. Das Polizeipräsidentium in Berlin wäre das geeignetste Objekt hierzu. Wenn Sie die Etats etwas genauer betrachten und damit die bedeutenden Verwaltungskörper der Stadt Berlin vergleichen, so werden Sie sehen, daß übermäßig viel Kräfte theilweise sich entgegenarbeiten, statt sich in die Hände zu arbeiten. Ich will keiner Behörde damit den Vorwurf einer gewissen Vernachlässigung machen; es liegt in der Organi-

sation und die ist verbesserungsfähig. Es ist vorhin auf die Sicherheit Bezug genommen worden. Wir haben nach dem vorliegenden Etat 2224 Schutzmannen, und wenn wir die Nachwächter und Militärposten hinzurechnen, so ist das eine genügende Sicherheitsmannschaft; der Fehler ist nur der, daß sie nicht richtig zur Verwendung kommt. In London giebt es 11,000 Konstabler, welche sich auf ein Gebiet von 7 deutschen Meilen Durchmesser theilen, und von denen 1200 von öffentlichen Instituten, die unter ihrem Schutze stehen, unterhalten werden; der Polizeipräsident hat völlig freie Verfügung zur Auswahl eines tauglichen Materials, so daß er sich die geistig weiter Ausgebildeten aussuchen kann. Dem gegenüber ist der berliner Polizeipräsident viel ungünstiger gestellt, er muß die Leute nehmen, die ihm zugewiesen werden, vor allem die Versorgungsberechtigten; oder das Hauptmoment, weshalb unsere Polizisten nicht ausreichen, ist das, daß sie einen zu gemischten Dienst haben, weil unsere Polizeiverwaltung ein viel zu bureaukratisches Werk hat. Während die englische Polizei nur 21 Revierstationen hat, existiren bei uns 60 Polizeibureau und 10 Revierpolizeistationen. Während jene 21 Polizeistationen 3. B. in Beziehung auf die Gesundheitspflege, auf notwendige schnell eintretende Bedürfnisse für das Menschenleben die allerwesentlichste Hilfe leisten, so daß 1875 gegen 8000 Personen Hilfe verschafft wurde, die durch Unglücksfälle oder dergleichen in Gefahr oder zu Schaden gekommen waren, wird die Thätigkeit unserer Polizei vollständig vom Bureauwesen, besonders dem Meldewesen absorbiert. Die englische Polizei kennt keine An- und Abmeldungen, aber dadurch, daß jeder Beamte in demselben Bezirke bleibt, erlangt er eine Kenntnis des Bezirks, der Personen und der event. Vorkommnisse, daß sie zu jeder Zeit Auffälliges bemerken und über Alles im Bezirk Auskunft geben können. Wir erreichen dagegen mit unserem weitläufigen Apparat weiter nichts, als, daß die Polizei 80,000 Personen nicht finden kann. (Hört! hört!) Dies ist ja auch bei dem großen Eisenbahnverkehr sehr natürlich; man müßte ja hinter Jedem einen Polizeibeamten hergehen lassen. Ich wünsche, daß statt dessen die Polizei, wie es in England geschieht, Jahresberichte über ihre Verwaltung veröffentlichte, damit die sich findenden Mängel aufgedeckt und verbessert werden können. Im äußeren Auftreten der Polizei muß ich den militärischen Anstrich tabeln, welcher ihr Wesen keineswegs fördert. Unser Nachwachtdienst ist noch ziemlich altwärdig; der Wächter pfeift, wenn er kommt, der Schutzmann leuchtet — denn er hat an dem schließenden Helm einen unnützen leuchtenden Beschlagnahme — so daß der Mann, der im Dunkeln schleicht, die Ankunft Weider vorher merkt. Analog der englischen Polizei möchte ich befürworten, die Schutzleute mehr in Zivilkleidern gehen zu lassen. Ich will Sie schließlich nur an den von Ihnen früher gefaßten Beschluß erinnern, die einzelnen Zweige der berliner Polizeiverwaltung auf die Kommune zu übertragen und bitten: die Handhabe der neuen Gesetzgebung zu benutzen, um die Trennung der Gewalten zu befestigen und eine einheitliche Verwaltung herbeizuführen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf v. Eulenburg: Ich danke dem Borredner für seine gründlichen Bemerkungen, und kann ihm meinerseits nur versichern, daß wir die Verbesserung unseres Polizeiwesens nicht aus den Augen verlieren. Nur darauf bitte ich zu achten, daß wir es hier mit anderen Elementen zu thun haben, als in London; was für die eine Hauptstadt möglich und nützlich ist, ist es nicht auch für jede andere. Doch werde ich, wie ich dies schon bisher gethan habe, mein Augenmerk auch ferner auf andere große Städte richten. Thatsache ist, daß seit 6 Jahren das Polizeiwesen sich fortgehend verbessert hat.

Abg. Zimmermann: Ich bin dem Herrn Minister für seine Mittheilungen sehr dankbar, daß die Verbesserungen der Polizei in der angegebenen Richtung in Aussicht genommen sind, gestatte mir aber zu bemerken, daß ich eine Antwort auf den Hauptgegenstand meiner Bemerkungen, die Vereinigung gewisser Zweige der Polizeiverwaltung mit der Kommunalverwaltung vermissen und bitte den Herrn Minister auch über diesen Gegenstand sich zu äußern.

Reg.-Kommissar Geh. Rath v. Reibler: Es schweben augenblicklich Verhandlungen, und es läßt sich deshalb sehr schwer über diesen Punkt Auskunft geben. Die Positionen werden genehmigt. Hiermit verläßt sich das Haus bis Freitag 10 Uhr. (Erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Theilung der Provinz Preußen, und Verathung des Kultusetats. Schluß 4 Uhr.)

Tokales und Provinzielles.

Posen, 16. Februar.

— Kreisgerichtsrath Moschner in Striegau ist, wie der „Staatsanzeiger“ amtlich meldet, zum Rath bei dem hiesigen Appellationsgericht ernannt worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 15. Februar. [Anlage wegen Vergehens gegen das Kirchengesetz vom 13. Mai 1873.] Heute kam vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts eine Anklage gegen den Prospt Chybicki aus Stenschemo auf Grund des Gesetzes über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel in zweiter Instanz zur Verhandlung. Der Thatbestand, welcher der Anlage zu Grunde lag, war folgender: Der Vorstand der katholischen Kirchengemeinde zu Stenschemo, welchem der Angeklagte gleichfalls als Pfarrer mit angehört, hatte beschloffen, das Gehalt des Organisten auf 100 Thlr. zu erhöhen, wovon der Pfarrer die Hälfte zu zahlen habe. Als nun Prospt Chybicki die Verpflichtung, diese Summe zu zahlen, bestritt, kam es deswegen zwischen ihm und dem Kammerer Nowicki, dem Nendanten des Kirchenvorstandes, zum Streit. Der Kammerer erklärte in der Sitzung des Kirchenvorstandes am 20. April 1876, er werde in dieser Angelegenheit den künigl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung, Herrn v. Massenbach, um seine Entscheidung anrufen. Der Prospt sagte darauf, das sei nicht erlaubt. Der Kammerer erwiderte, dem Prospte sei es leicht nicht erlaubt, worauf der Prospt erklärte, auch dem Kammerer sei es nicht erlaubt, mit Herrn v. Massenbach zu korrespondiren bei Strafe der Exkommunikation. Als der Kammerer fragte, wo das Verbot geschrieben stehe, erwiderte der Prospt weiter Nichts; der Kammerer aber verließ die Sitzung, indem er erklärte, er werde sein Amt als Nendant des Kirchenvorstandes niederlegen. Wegen der Aeußerung des Prosptes, dem Kammerer sei das Korrespondiren mit dem künigl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung bei Strafe der Exkommunikation nicht gestattet, wurde nun seitens der Staatsanwaltschaft die Anlage gegen den Prospt erhoben, indem geltend gemacht wurde, derselbe habe dem Kammerer ein kirchliches Strafmittel androht, welches nach dem Gesetze über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, vom 13. Mai 1873, nicht androht, verbängt oder verkündet werden dürfe. Vom Richter erster Instanz wurde zwar als festgestellt angenommen, daß Prospt Chybicki die infrimirtte Aeußerung gethan habe, dagegen wurde dahin erkannt, daß § 3 des obigen Gesetzes hier nicht auftreffe, wonach die Androhung, Verbängung oder Verkündung derartiger Straf- oder Zuchtmittel strafbar ist, wenn dadurch zur Unterlassung einer Handlung bestimmt werden soll, zu welcher die Staatsgesetze oder die von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen verpflichten; und zwar um so weniger, als die Androhung der Exkommunikation nicht Sache der Pfarrer sei. Es wurde demgemäß der Anklage freigesprochen. Dagegen appellirte die Staatsanwaltschaft, und es kam heute diese Anklage vor dem Kriminalsenat des hiesigen Appellationsgerichts in zweiter Instanz zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Appellationsgerichtsrath v. Choltik, als Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft fungirte Staatsanwalt Müller, als Verteidiger Rechtsanwalt Dockhorn. Die Verhandlung endete mit der Befestigung des Erkenntnisses erster Instanz.

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 14. Febr. Wie die „Presse“ erfährt, beabsichtigt der kaiserliche Verwaltungsrath der österreichisch-französischen Staatsbahn einen Bericht über die bei der pariser Verwaltung der Staatsbahn vorgekommene Defraudation zu veröffentlichen und korrespondirt desfalls mit dem pariser Komite. Die Defraudation ist durch Fälschung von Anweisungen auf die Banque de France verübt worden, bei welcher die Ueberschüsse über den augenblicklichen Bedarf seitens des österreichischen Bankquiers deponirt werden.

Wien, 15. Febr. Bei der heute stattgehabten Ziehung der österreichischen Lotterie fiel der Haupttreffer von 100,000 fl. auf Nro. 14 der Serie 3238; 10,000 fl. fielen auf Nro. 17 der Serie 5633, 5000 fl. auf Nro. 23 der Serie 4802. Außerdem wurden folgende Serien gezogen: 235, 302, 721, 1869, 2952, 2992, 3414, 3476, 4141, 4230, 4295, 4633, 5027, 5405.

Vermischtes.

Södn, 10. Februar. Die Ausführung des Bismarckdenkmals für unsere Stadt anlangend, ist nach der „N. Z.“ nunmehr dem Bildhauer Schaper in Berlin eine Vereinbarung getroffen worden, welche dahin geht, daß der Künstler für die Summe von 100,000 M. das Monument sammt dem Postament und dem übrigen Zubehör herzustellen hat.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Leipzig, 15. Februar. Der verstorbene Buchhändler Salomon Engel hat seine Goethe-Bibliothek mit 400 Manuscripten der Leipziger Universitäts- und seine Zwingli-Bibliothek der Straßburger Universität vermacht.

Paris, 15. Februar. General Changarnier ist gestorben. — Im Bergwerk Graissac (Departement Hérault) hat eine Gas-Explosion stattgefunden. Von den 60 Personen, welche dort arbeiteten, sind bis jetzt nur 5 gerettet; mit der Rettung der übrigen ist man noch beschäftigt.

Saag, 15. Februar. Die Regierung hat den Kammern einen Gesetzentwurf, betreffend die Modifikation des Wahlgesetzes, eingebracht. Danach soll die Zahl der Mitglieder der zweiten Kammer auf 100 erhöht und der Wahlkreis in den großen Gemeinden erniedrigt werden, um auf diese Weise die Ungleichheit zwischen dem Stimmrecht der Städte und dem auf dem Lande zu mildern. — Die zweite Kammer hat den Gesetzentwurf genehmigt, wonach vom 1. April 1877 ab die Eingangszölle auf etwa 20 Artikel, namentlich auf Getreide, Hülsen, Rast, Maschinen, Rohmetalle, Steine, Hausgeräthschaften, sowie die Ausgangszölle auf Lumpen aufgehoben werden.

Kairo, 15. Februar. Alle Gouverneure der zu Sudan gehörigen Provinzen sind der Kontrolle des Oberst Gordon unterstellt worden, die wirksame Unterdrückung des Sklavenhandels wird als Hauptaufgabe Gordons angesehen.

Altona, 15. Februar. Bei der Reichstagswahl erhielt bis jetzt Hartmann 9029, Karsten 7158 Stimmen.

London, 15. Februar. Im Oberhause zeigte der Herzog Argyll, daß er werde am Dienstag die Aufmerksamkeit des Hauses auf die an Salisbury ertheilten Instruktionen richten und fragen, ob die Regierung irgendwelche Maßregeln beabsichtige zur Verwirklichung der in den Instruktionen erwähnten Ziele. — Im Unterhause erklärte der Staatssekretär Herdy auf eine Anfrage, kein aktiver Offizier dürfe die Erlaubniß der Regierung in fremde Kriegsdienste treten.

Im Unterhause erklärte ferner der Schatzkanzler auf eine Anfrage, daß Lord Elliot's und Lord Salisbury's in Athen sei ein privater, kein offizieller gewesen. Salisbury habe ihm privatim gegenüber die Timesmeldung von sympathischen Äußerungen für die griechische Sache für unwahr erklärt. Betreffs der Abberufung der Botschafter erhalten das Blaubuch alle Schriftstücke. Zwischen der Abberufung Elliot's und derjenigen der übrigen Botschafter beabsichtige man keinen Unterschied zu machen und damit auch der Türkei kein Zeichen des Mißfallens zu geben.

Paris, 15. Februar. Im Senat zeigt Jules Simon an, daß die Regierung wolle Changarnier ein feierliches Leichenbegängniß befehlen. Gissey stufte darauf seinen Antrag zurück, Changarnier's Leichenbegängniß auf Staatskosten im Invalidendome vorzunehmen.

Konstantinopel, 15. Februar. Auf ein neuerliches an den Fürst von Montenegro gestelltes Verlangen des Großveziers, die Friedens-Verhandlungen an irgend einem anderen Orte und nicht in Konstantinopel zu führen, antwortete heute der Fürst, er halte Wien als den geeignetsten Ort; um jedoch seine Versöhnlichkeit zu beweisen, habe er als Verhandlungsort Cattaro vor.

Nachtrag.

Posen, 16. Febr. Der hiesige k. Garnison-Verwaltungsrath hat den Direktor Ortel, dessen Pensionierung wir neulich meldeten, ist in den vergangenen Nacht im Alter von 67 Jahren nach langen schweren Leiden gestorben. An seine Stelle tritt als stellvertretender Garnison-Verwaltungsrath Herr Lehmann aus Trier, welcher bereits hieher eingetroffen ist.

Gewinn-Liste der 3. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie.
Die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 15. Februar. Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:
1. 308 64 92 118 20 24 81 260 77 332 499 528 32 650 822 53 2. 908 60 1002 75 (150) 77 88 122 288 94 386 98 420 94 549 3. 627 719 71 74 (180) 836 52 701 (300) 13 85. 3097 208 58 4. 465 82 (150) 94 525 69 701 (300) 13 85. 3097 208 58 5. 200 14 18 32 37 38 45 73 78 93 93 329 99 420 22 60 6. 839 922. 4008 23 103 66 69 202 42 313 (150) 26 49 491 7. 539 (240) 604 (180) 81 86 89 717 853 80 91. 5066 260 363 434 8. 432 575 650 69 744 47 867 945. 7031 95 127 86 89 207 9. 329 76 417 625 40 712 919. 8338 71 412 30 79 587 10. 56 59 469 (180) 82 506 659 (150) 74 85 717 54 61 (150) 67 11. 028 78 98 98 162 238 87 363 474 507 60 601 14 16 41 12. 343 51 (150) 417 21 48 531 (1800) 77 98 651 777 857 77 13. 093 101 (180) 55 60 401 (150) 18 72 568 604 97 793 887

936 747 50 98. 13 154 (307) 70 93 99 220 29 47 51 300 12 41 96 433 67 537 615 733 73 79 805 35 949 53. 14 083 89 202 20 34 60 70 379 86 406 8 508 (150) 30 74 616 71 791 973. 15 286 (150) 302 23 33 42 94 596 (150) 704 28 889 929. 16 029 45 82 86 96 102 60 73 240 345 57 423 77 549 57 62 85 618 30 35 44 794 955 67 (150) 70 175 29 59 110 93 217 37 79 517 52 60 91 (180) 658 713 17 61 69 77 82 (150) 818 27 94. 18 078 125 79 (150) 271 89 336 55 434 62 84 623 88 704 17 20 819 33 87 97 916. 19 141 44 224 305 30 51 96 410 502 (300) 73 619 68 75 734 880 93 936.

20088 151 (180) 241 322 64 424 85 559 (150) 99 (150) 629 (300) 97 793 (150) 831 86 978. **21028** 29 30 67 97 101 217 41 303 40 413 57 665 760 64 80 832 (150) 36 40 (240). **22005** 16 106 20 (150) 222 79 302 58 67 410 (150) 52 60 83 500 4 19 73 703. 804 52 56 59 947 95. **23124** 219 33 66 82 90 307 561 630 785 88 804 18 26 31 70 903. **24097** 117 39 54 65 242 70 349 58 62 98 407 67 811 501 40 705 16 24 25 44 834 40 62 918. **25090** 145 249 55 70 77 314 26 524 26 35 601 24 31 (150) 719 45 840 (150) 74 922 25 34 43 68 77. **26073** 121 51 201 44 71 396 66 98 417 (150) 521 23 48 615 95 795 965. **27016** 34 (180) 197 206 9 10 30 57 81 335 48 93 406 31 47 79 615 38 62 84 669 94 97 711 64 890 57 63 71 950 68 (150) 88 (180). **28014** (240) 21 146 244 309 57 401 4 21 506 53 615 18 66 89 790 801 48 57 63 88 940 (150). **29092** 132 34 47 62 86 215 45 65 (150) 82 306 419 36 546 54 87 (150) 603 44 77 742 71 810 13 (180) 36 900 85.

30087 173 215 48 88 325 (150) 57 417 500 (150) 17 35 56 69 622 56 58 726 42 59 60 (180) 824 28 910 13 61 86. **31007** 76 85 91 200 71 303 42 67 453 527 89 619 58 73 759 61 (150) 888 (180) 917 90 (150). **32032** 44 138 (150) 43 55 282 300 11 29 444 52 (150) 532 635 58 89 711 808 70 985. **33164** 90 262 354 92 (6000) 473 550 628 851 75 85 (150) 915 82. **34333** 58 94 409 66 96 550 654 779 (150) 834 963. **35010** 95 (150) 192 96 209 15 18 318 75 407 522 753 843 75 87. **36050** 52 65 131 67 254 349 77 87 415 636 758 886 931 (150). **37001** 30 69 114 53 68 79 201 7 23 378 79 403 46 97 504 15 89 (150) 628 1860 81 82 83 (150) 706 74 98 814 931 84. **38009** (180) 172 80 254 80 93 338 58 92 436 (150) 37 43 44 528 677 710 96 812 964 77 95. **39012** 34 99 145 55 230 44 85 321 83 431 86 505 37 71 615 27 79 756 99 822 908 14 76 92.

40019 54 90 (180) 97 159 94 269 318 92 441 54 537 60 76 84 602 961 99. **41070** 145 59 80 252 66 87 351 93 463 (150) 531 616 94 700 54 60 963. **42025** 103 87 238 (150) 95 321 35 70 81 430 71 81 82 528 29 31 47 94 614 68 92 702 46 802 32 57 950. **44037** 40 119 49 96 247 57 74 379 85 483 550 56 671 82 (150) 701 808 23 27 86 900 35 80. **44007** 28 55 77 140 208 27 55 67 (180) 470 93 97 708 14 884 99 902 32 53 55 58. **45021** 100 5 229 37 376 481 (300) 519 (150) 63 660 701 30 41 52 55 (240) 815 21 26 901. **46046** 48 108 61 213 (300) 45 79 375 94 (150) 400 500 507 690 751 79 909. **47000** 6 92 188 287 429 61 84 607 49 793 96 854 64. **48128** 53 23 33 60 66 347 400 30 34 36 573 630 60 88 854 81. **49011** 89 101 12 96 343 70 74 400 (150) 63 68 581 611 54 731 62 90 941.

50031 50 67 92 (150) 96 162 255 57 325 27 45 77 78 455 531 657 702 28 43 81 (150) 905 34. **51073** 110 14 214 324 42 71 90 480 97 500 626 (150) 42 736 77 78 82 802 913. **52088** 126 27 44 90 209 15 16 28 43 54 85 314 58 67 426 504 60 616 21 82 852 58 914 63. **53021** 23 117 25 82 89 231 41 87 459 63 73 (150) 99 666 702 820 70 76 (150) 90 930 42. **54040** 329 34 83 (150) 529 59 63 67 86 90 611 55 720 30 81 (150) 88 838 74 988 97. **55003** 43 57 58 136 82 (150) 205 76 88 349 74 414 16 22 85 506 82 85 94 651 803 36 960. **56011** 73 93 278 (240) 91 311 54 65 70 423 582 716 29 47 814 921 73 89. **57191** 301 (180) 51 428 38 (3000) 98 549 58 749 806 36 54 69 76 957. **58042** 75 97 100 23 206 19 305 7 59 449 59 551 75 81 603 719 848 912. **59026** 32 71 233 97 318 (150) 48 55 91 454 80 84 584 617 56 81 (150) 779 838 43 970 39 44 (150).

60017 63 93 163 (240) 217 67 91 97 377 96 420 23 33 99 575 604 10 758 841 64 70 924 27 90. **61021** 23 46 57 62 72 (180) 81 137 39 85 230 82 313 13 511 39 54 884. **62093** (300) 185 220 26 54 333 66 69 (180) 72 (150) 81 (300) 86 87 425 588 93 693 714 38 63 85 808 (150) 99 914 23. **63040** 53 54 66 82 162 72 92 233 57 349 92 482 531 89 615 (180) 27 31 716 47 54 94 928 42 61 68 74 80. **64056** 72 103 85 (180) 223 29 45 49 321 33 (150) 47 411 28 29 39 91 688 (180) 819 932 43 (180) 60. **65070** 82 103 13 51 (150) 57 97 248 332 413 (180) 27 (150) 29 42 51 669 744 83 99 806 900 20 84. **66067** (150) 68 82 110 21 53 205 22 305 (150) 33 (150) 49 90 431 43 503 88 (240) 659 62 65 730 836 97. **67055** 62 106 9 239 55 339 87 431 72 88 520 57 81 95 654 727 54 877 925. **68007** 78 85 210 59 98 315 28 408 41 45 547 85 615 34 (150) 700 22 54 69 78 (150) 92 898 (150) 914. **69000** 40 86 (180) 93 212 390 527 29 (150) 68 740 994 22 81.

70065 326 57 58 469 540 83 93 609 (240) 742 826 918 23. **71066** 111 43 66 203 30 61 97 310 56 71 438 52 558 636 97 754 59 817 26 (150) 31 70 88 90 911 (240) 24 78. **72059** 63 74 174 80 94 260 97 354 (150) 90 94 428 97 512 42 53 604 9 51 62 72 728 62 (150) 68 840 910 (180) 35 37 54 60 66 82. **73000** 13 (150) 88 99 119 25 274 (180) 311 7 404 (150) 79 513 52 95 722 72 810 67 96 (1800) 921 25. **74087** 126 (150) 96 291 339 72 74 94 98 400 26 63 522 51 627 56 80 720 821 44 909 22 44. **75004** 109 58 71 88 277 310 27 61 79 489 507 84 609 17 33 (150) 42 65 729 34 925 51 63. **76006** 9 106 20 35 81 86 204 43 61 78 301 36 423 501 5 67 603 66 750 53 58 808 20 70 903 31 (150) 66 90. **77071** 94 152 75 86 201 (150) 8 20 44 (240) 45 53 64 94 99 316 37 58 75 406 20 521 27 36 (150) 99 602 15 (150) 74 742 864 75 936 38 71. **78077** 92 159 214 61 329 78 596 637 93 710 (180) 40 98 829 48 903 17 19 24 (150) 38 40 80. **79006** 41 44 46 60 93 106 276 304 66 76 91 533 81 88 605 810 25 92 900 19 54 55.

80015 (45,000) 96 127 54 212 (180) 40 48 93 307 12 97 416 33 85 91 93 605 20 21 49 60 93 94 738 49 (150) 50 59 89 813 24 50 938 74 96. **81065** 69 103 200 61 342 91 414 41 527 725 26 53 54 (150) 61 72 86 96 804 46 83 915 21 (150) 46. **82053** (180) 78 92 120 (150) 24 46 (180) 64 247 401 59 80 504 150 92 94 613 97 74 37 55 58 99 802 65 995 52 74 96. **83032** 33 81 89 223 49 332 (6000) 39 401 25 (180) 46 568 92 648 62 (150) 82 94 861 78 909 29. **84021** 34 41 48 139 42 45 68 78 245 46 54 92 360 84 85 436 (180) 67 548 49 668 703 (150) 15 (150) 22 89 853 83 944. **85024** 56 79 98 99 114 (150) 45 317 432 87 556 71 675 711 30 62 78 811 45 933. **86052** 83 137 63 (150) 255 81 405 29 30 57 (150) 535 69 74 767 887. **87036** (150) 59 137 89 (240) 231 379 99 458 99 575 77 648 99 949. **88111** 200 15 332 75 401 22 25 (180) 6 39 78 94 97 618 36 59 65 731 34 817 24 92 96. **89019** 22 32 50 (180) 54 94 137 46 52 56 85 (3000) 214 (150) 85 303 14 76 433 43 518 (150) 43 53 89 616 69 96 779 86 855 57 58 66 91 902 8 23 49 86 91.

90025 41 59 177 221 25 73 331 548 66 83 662 95 725 32 93 96 873 966 89 92. **91015** 18 121 200 6 78 375 78 93 (180) 483 623 (150) 48 74 80 87 748 (180) 54 94 820 24 30 70 98 949 82 53 96 (180). **92063** 65 109 59 211 23 72 89 99 381 (150) 406 91 593 (150) 752 873 952 68. **93121** 31 226 50 335 88 89 465 (150) 90 (240) 504 (9000) 62 8 91 785 800 99 937 0. **94060** 131 31 45 207 45 95 309 70 404 32 503 (180) 47 604 9 78 82 731 45 63 98 818 21 33 48 (180) 79 88 99 950 55 (150) 58 59.

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Course

Frankfurt a. M., 15. Februar. Schwach. Die Liquidation ist ruhig verlaufen. Privatdiskont 1 1/2 pCt. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204.70. Pariser Wechsel 81.37. Wiener Wechsel 164.90. Böhmisches Westbahn 139 1/2. Elisabethsbahn 109 1/2. Galizier 174. Franzosen* 197. Lombarden* 63 1/2. Rente

*) per medio resp. per ultimo.

Westbahn 93 1/2. Silberrente 55 1/2. Papierrente 51 1/2. Russische Bodenkredit 79 1/2. Russen 1872 82 1/2. Amerikaner 1885 —. 1860er Loose 97 1/2. 1864er Loose 259.20. Kreditaktien* 121 1/2. Deferr. Nationalbank 68 1/2. Darmst. Bank 100 1/2. Berliner Bank 89 1/2. Frankf. Wechselbank —. Deferr. deutsche Bank —. Meininger Bank 71 1/2. Hess. Ludwigsbahn 95 1/2. Oberbessen —. Ung. Staatsloose —. Ung. Schatzanw. alt 82 1/2. do. do. neue 79 1/2. do. Oest.-Obl. II. 56 1/2. Centr.-Pacific —. Reichsbank 157 1/2. Goldrente 60 1/2.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 120 1/2, Franzosen 197 1/2, Galizier —, Reichsbank —, Goldrente —.

Aberk's Effekten-Societät. Kreditaktien 120 1/2, Franzosen 197, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente 51 1/2, Goldrente 60 1/2, Galizier 173 1/2. Reichsbank —, Nationalbank —, Ungarische Staatsloose —, —, Matt.

Wien, 15. Februar. Anfangs mäßig fest, aber geschäftlos, zum Schluß in Folge des Rückgangs der Renten-Course auf der Berliner Börse verstimmt und weichend. Devisen sich vertheilend, Bahnen durchweg billiger, Nationalbank angeboten.

[Schlußkurs.] Papierrente 62, 30. Silberrente 68, 10. 1864er Loose 107, 00. Nationalbank 834, 00. Nordbahn 1805, 00. Kreditaktien 147, 20. Franzosen 240, 00. Galizier 210, 25. Kaiser-Oberberg 85 00. Barmbiter —. Nordwestb. 114, 75. Nordwestb. Lit. B. —. London 123, 90. Hamburg 60, 20. Paris 49, 10. Frankfurt 60, 20. Amsterdam 102, 50. Böhm. Westbahn —. Kreditloose 162, 50. 1860er Loose 110, 80. Lomb. Eisenb. 78, 00. 1864er Loose 134, 60. Unionbank 53, 00. Anglo-Austr. 75, 60. Napoleons 9,89 1/2. Dufaten 5, 90. Silbercoup. 114, 00. Elisabethsbahn 133, 20. Ung. Prämienanl. 71, 50. Marknoten 60, 85. Türkische Loose 17, 00. Goldrente 73, 40.

*) Nach der Ziehung.

Wien, 15. Februar. Offizielle Notirungen: Silberrente 68, 00, Papierrente 62, 40, Dufaten 9, 92, Marknoten —, London 124, 05, Paris —, Hamburg 60, 40, Nationalbank 835, 00, Franzosen —, Nordwestbahn —, Elisabethsbahn —, 1860er Loose 110, 00, 1864er Loose —, 1854er Loose 106, 25, Amsterdam 102, 75, Franz-Josefsbahn 121, 50.

Wien, 15. Februar. Abendbörse. Kreditaktien 146, 80, Franzosen 239, 75, Lombarden 78, 00, Galizier 210, 50, Anglo-Austr. 76, 00, Silberrente —, Papierrente 62, 45, Goldrente 73, 55, Marknoten 60, 85, Nationalbank —, Napoleons 9, 90. Matt.

Paris, 15. Februar. Rubig, geschäftlos. [Schlußkurs.] 3 pCt. Rente 72, 95, Anleihe de 1872 106 1/2, Italienische 5proz. Rente 71, 75, do. Tabaksaktien —, do. Tabakobligationen —, Franzosen 483, 75, Lombard. Eisenbahn-Akt. 165, 00, do. Prioritäten 232, 00, Türken de 1865 12, 02 1/2. do. de 1869 63, 00, Türkenloose 36, 00.

